

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 88 (2013)
Heft: 3

Artikel: Österreichs Ja
Autor: Geyer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715739>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreichs Ja

Am 20. Januar 2013 waren die Österreicher zur Volksbefragung aufgerufen, um zwei Fragen zum Wehrsystem zu beantworten: «Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?» oder «Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?» Das Ergebnis war überraschend klar: Sechzig Prozent der Bürger entschieden sich für Wehrpflicht und Zivildienst.

WIE ES DAZU KAM UND WELCHE ENTWICKLUNGEN KOMMEN, ANALYSIERT OBERST I GST GEORG GEYER, WIEN

Für die Volksbefragung gilt folgende Ausgangslage: Gemäss Bundesverfassung bekennt sich Österreich zur umfassenden Landesverteidigung; sie bewahrt die Einheit des Bundesgebietes und die Unabhängigkeit nach aussen, v. a. zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität.

Aufgabe des Bundesheeres ist die militärische Landesverteidigung. Bei Anforderung durch die zivile Gewalt schützt das Bundesheer die verfassungsmässigen Einrichtungen und die demokratischen Freiheiten der Einwohner, hält die Sicherheit im Inneren aufrecht und hilft bei Elementarereignissen und aussergewöhnlichen Unglücksfällen.

Gemäss Verfassung ist das Bundesheer «nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten» und wird auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet und ergänzt: jeder männliche österreichische Staatsbürger ist wehrpflichtig.

Staatsbürgerinnen können freiwillig Dienst im Bundesheer als Soldatinnen leisten. Wer die Erfüllung der Wehrpflicht aus Gewissensgründen verweigert und befreit wird, muss einen Ersatzdienst (Zivildienst) leisten.

Internationale Pflichten

Nach Verhandlungen mit den Besatzungsmächten erklärte Österreich 1955 mit dem Verfassungsgesetz aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität, um seine Unabhängigkeit dauerhaft zu behaupten und sein Gebiet unverletzt zu halten. Seit der EU-Mitgliedschaft (1995) wirkt Österreich aktiv an der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik mit.

Gemäss EU-Vertrag von Lissabon (2007; ratifiziert in Österreich 2008) bedeutet das die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die bei einstimmigem Beschluss des Europäischen Rates zur ge-

meinsamen Verteidigung führt. Beim bewaffneten Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedes schulden die anderen EU-Staaten ihm alle Unterstützungen im Einklang mit der UN-Charta.

Sicherheitsstrategie

Laut dem Bericht über eine Sicherheitsstrategie (2011) hat Österreich folgende politisch-strategischen Ziele (Auszug): Umfassender Schutz der österreichischen Bevölkerung; Gewährleistung der territorialen Integrität, der Selbstbestimmung u. der Handlungsfreiheit der Republik; Schutz der rechtsstaatlich-demokratischen Verfassungsordnung samt Grund- und Freiheitsrechten.

Sodann Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen natürliche oder von Menschen verursachte Störungen und Katastrophen; Aus- und Aufbau effizienter ziviler und militärischer Kapazitäten und Strukturen nach internationalen Standards.

Die Republik Österreich (ca. 8,4 Mio. Einwohner) gab 2011 zur Realisierung der Aufgaben des Bereiches Verteidigung 1,4 Prozent des Staatsbudgets aus.

Das sind rund 2,2 Mrd. Euro; davon entfielen etwa 2 Mrd. Euro auf die militärische Verteidigung. Für den Bereich öffentliche Sicherheit wurden hingegen ca. 4,4 Mrd. Euro ausgegeben.

Budget und Personal

Die aktuelle Situation des Bundesheeres aus 2005 ist eine Art Zwischenstufe der auf halbem Wege liegenden Transformation des Bundesheeres 2010.

Verteidigungsminister Platter verkündete am 28. Jänner 2005 noch ohne gesetzlichen Beschluss einschneidende Änderungen: die Einsatzstärke des Bundesheeres wurde von 110 000 auf 55 000 Soldaten halbiert, die Dauer des Grundwehrdienstes von acht auf sechs Monate um ein Viertel

reduziert, für Inlandseinsätze stehen mindestens 10 000 Soldaten ständig zur Verfügung, bis zu 1500 Soldaten können permanent im Auslandseinsatz sein, mittelfristig sollte eine Brigade mit 3500 Soldaten in multinationale Einsätze entsendet werden können.

Wehrpflicht vs. Berufsheer

Das Thema Wehrpflicht gegen Berufsheer ist für Österreich nicht neu: Bereits 2001 beurteilte eine Expertenkommission im BMLV die Umstellung auf ein Berufsheer. Sie kam zum Ergebnis, dass die Aufgabenerfüllung ohne allgemeine Wehrpflicht nicht gewährleistet sei.

Erfahrungen bereits umgestellter Staaten zeigten, dass sogar die Reform gut strukturierter, finanzierter, moderner Wehrpflichtigenarmeen in ein Freiwilligen-system keine Einsparungen zulasse, sondern ein höheres Verteidigungsbudget erfordere. Das Bundesheer benötige bei einer Umstellung daher erhöhte finanzielle, materielle und logistische Massnahmen.

Derzeit gibt es folgende Personalstruktur: Das Bundesheer hat derzeit im Soll eine Personalstärke von ca. 52 000 Soldaten. In der präsenten Organisation arbeiten etwa 13 000 Offiziere und Unteroffiziere als Berufssoldaten, etwa 2000 Zeitsoldaten und etwa 9000 Zivilbedienstete. Jährlich leisten etwa 11 000 Wehrpflichtige ihren sechsmonatigen Grundwehrdienst.

Darüber hinaus gibt es etwa 27 000 berordete Milizsoldaten. Derzeit leisten pro Jahr etwa 13 000 junge Männer ihren neunmonatigen Zivildienst mit v. a. sozialen Aufgaben wie Altenbetreuung, Rettungsdienst etc., sie sind jedoch nicht für große Katastrophenlagen ausgebildet.

Demgegenüber stellten die Berufsheer-Befürworter ein Modell ohne wehrpflichtige bzw. zivildienstpflichtige junge Männer vor. Das Bundesheer sollte künftig beste-

hen aus 15 500 Berufssoldaten (davon ca. 8500 Offiziere/Unteroffiziere und 7000 Zeitsoldaten), 6500 Zivilbediensteten, 9500 «Profi-Milizsoldaten» (kurzzeitig verfügbar, dafür Prämie) und weiteren 23 000 Milizsoldaten.

Im Modell des «freiwilligen Sozialdienstes» sollten etwa 8000 «Sozialdiener» als Vertragsbedienstete arbeiten und die Zivildienstler ersetzen.

Nettozüge pro Monat (Näherungswerte): Wehr- und Zivildienstpflichtige bekommen 300 bis 600 Euro, junge Berufssoldaten erhalten etwa 1500 Euro (14 x pro Jahr). Für die freiwilligen Sozialdiener wurde ein Gehalt von 1400 Euro (14 x pro Jahr) vorgesehen.

Intensiver Kampf

In den Tagen vor der Volksbefragung sah man zahlreiche Plakate und Werbeeinschaltungen beider Gruppierungen, heftig wurde um die Gunst der Wählerinnen und Wähler geworben.

Zahlreiche Funktionäre fuhren durchs Land, um die Bürger mit Vorträgen von der jeweiligen Wahrheit zu überzeugen.

Das derzeitige System (Pflicht zu Wehr- oder Zivildienst) wurde v. a. von der ÖVP und der FPÖ, von den Blaulichtorganisationen, der Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaft, den Milizverbänden, der Initiative «Einsatz für Österreich» u. v. m. unterstützt. Politisch wurde es vor allem von Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) und Aussenminister Spindelegger (ÖVP) propagiert.

Zwei Lager

Das Modell Berufsheer/Sozialdienst wurde von der SPÖ, den Grünen und dem BZÖ unterstützt. Politisch propagierten es Bundeskanzler Faymann, Verteidigungsminister Darabos, Sozialminister Hundstorfer und Wiens Bürgermeister Häupl (alle SPÖ).

Das Berufsheer wurde auch von den grossen Boulevardmedien «Kronen Zeitung» und «Österreich» sowie in TV-Sendungen unterstützt. In der SPÖ gab es keine einheitliche Linie: Teile, v. a. aus den Ländern, sprachen sich für die Wehrpflicht aus.

Auch im Bundesheer gab es zwei Lager. So hatten sich Generalstabchef General Entacher und der frühere Streitkräftekommandant, Generalleutnant Höfler, für die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen.

Der Stabschef im Kabinett des Bundesministers, Generalmajor Schmideder und andere hohe leitende Offiziere hatten sich für das Berufsheer ausgesprochen. Einig waren sich die Unterstützer der allgemei-

nen Wehrpflicht, dass das System grundsätzlich die richtige Option sei, aber dringend reformiert werden müsse.

Argumente für Berufsheer

- Alle Einsatzszenarien können auch mit diesem Modell abgedeckt werden.
- höhere Verfügbarkeit von mehr Kräften für Inland- und Auslandseinsätze.
- «Fähigkeitszuwachs» im In- und Auslandseinsatz durch höheren Professionalisierungsgrad.
- ökonomischere Nutzung der Ausbildung durch längere Dienstzeit.
- «Mehrrollenfähigkeit» von Soldaten: längere Dienstzeit ermöglicht Aufgabenerfüllung im gesamten militärischen Einsatzspektrum.
- Sozialdienst sollte freiwillig sein und nicht verpflichtend.

Argumente für Wehrpflicht

- Wehrpflicht garantiert Personalstärke und Verfügbarkeit für Katastrophenhilfe und Landesverteidigung.
- Wehrpflicht bietet als «Mischsystem» Handlungsmöglichkeiten im ganzen Bedrohungsspektrum.
- Grundwehrdiener und Zivildienstler haben sich jahrzehntelang bewährt.
- Wehrpflicht bietet umfassende Einbindung der Bevölkerung und breite demokratische Kontrolle.
- Berufsarmee ist im Alltag zu teuer und im Einsatz zu klein.
- kostengünstige Besoldung der Mannschaften.
- kostengünstige Nutzung vorhandener ziviler Fähigkeiten und Fertigkeiten.
- Solidarität, verpflichtender Dienst an der Gemeinschaft, Bürger in Uniform.
- breite Rekrutierungsbasis für die Kadernerwerbung.
- Stellungspflicht bedeutet Gesundenuntersuchung für alle männlichen Staatsbürger.
- freiwilliger Sozialdienst bringt weniger Leistung als das Zivildienstsystem und ist teurer.

Klares Ergebnis

Die Volksbefragung am 20. Januar 2013 brachte den Berufsheer-Befürwortern eine herbe Niederlage: knapp 60 Prozent der Bevölkerung stimmten für Wehrpflicht und Zivildienst, die Wahlbeteiligung war mit knapp 50 Prozent hoch.

Zivildienst und Wehrpflicht konnten sich in allen Bundesländern klar behaupten – ausser in Wien, wo 54 Prozent der Wähler für das Berufsheer votierten. Die

höchste Zustimmung zur Wehrpflicht gab es mit 66 Prozent in Vorarlberg und der Steiermark.

Aus politischer Sicht war es vor allem der ÖVP gelungen, ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, von denen 80 Prozent für die Wehrpflicht stimmten. Die SPÖ konnte deutlich weniger Personen zu den Wahlurnen bewegen, ausserdem votierten 37 Prozent der SPÖ-Wähler für die Wehrpflicht und damit gegen die Linie des SPÖ-Verteidigungsministers.

Von den Freiheitlichen stimmten bei geringer Wahlbeteiligung knapp 70 Prozent für die Wehrpflicht, während bei den Grünen etwa 70 Prozent für das Berufsheer votierten.

Analyse der Volksbefragung

Das Votum mit 60% der abgegebenen Stimmen für allgemeine Wehrpflicht und Zivildienst ist eindeutig. Weniger klar sind die Motive der Wählerinnen und Wähler.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit war nicht so sehr die allgemeine Wehrpflicht, sondern vor allem der Wunsch nach Erhalt des Zivildienstes ausschlaggebend für dieses klare Ergebnis. Verpflichtender Wehr- und Wehersatzdienst sind in der Menschenrechtskonvention gekoppelt; sie sind Ausnahmen vom Verbot der Zwangsarbeit. Würde die Wehrpflicht abgeschafft, dann würde auch der Zivildienst fallen.

Ein wesentlicher Faktor war, dass viele Wählerinnen und Wähler unvollständige Informationen hatten. Erst kurz vor der Befragung gab es Informationsinitiativen von Medien, Proponenten, Vereinen, Parteien etc., die allerdings einseitig waren. Beide Lager wollten erst nach der Befragung Konzepte vorlegen, viele Wähler konnten die geplante Realisierung nicht einschätzen.

Reaktionen

Möglich ist, dass die verteidigungspolitische Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht nicht erkannt wurde: viele Wähler schöpften aus ihrer Erfahrung beim Militär und ihrer Bewertung, was der Grundwehrdienst für die Gesellschaft bringt.

Ganz anders liegt die Sache offensichtlich beim Zivildienst, dessen Wert aufgrund der täglich präsenten Sozialhilfe viel klarer sein dürfte. Analysen ergaben, dass Personen mittleren oder höheren Alters für Wehrpflicht und Zivildienst gestimmt hatten, während jüngere Wähler stärker für das Berufsheer votiert hatten.

Unverzüglich nach dem Vorliegen der Ergebnisse nahmen Spitzenpolitiker und Beamte dazu Stellung. Verteidigungsminis-

ter Darabos schloss aus, aufgrund des Ergebnisses zurückzutreten. Er respektiere die Entscheidung der Bevölkerung, obwohl er es schade finde, dass sein Berufswehr-Modell nicht angenommen wurde.

Wiens Bürgermeister Häupl bekannte sich zur Verantwortung, dieses Thema in die politische Diskussion eingebracht zu haben. Innenministerin Mikl-Leitner und Aussenminister Spindelegger sprachen vom Sieg der Vernunft und der klaren Willensbekundung der Bevölkerung für Wehrpflicht und Zivildienst.

Generalstabschef Entacher zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis und betonte die Wichtigkeit, die Reform des Grundwehrdienstes nun einzuleiten. Der Generalstabschef wird höchstwahrscheinlich Ende März 2013 seine Dienstzeit beenden und in den Ruhestand treten. Offen ist bislang die Nachfolge für das höchste militärische Amt; es gibt voraussichtlich mehrere Bewerber.

Grundwehrdienstreform

Am 22. Januar verständigten sich die Regierungsparteien auf eine Arbeitsgruppe zur Reform des Grundwehrdienstes. Bis zum Sommer soll ein Konzept vorliegen, das noch in diesem Jahr umgesetzt wird. Mitglieder sind Verteidigungsminister Darabos (SPÖ), Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP), Staatssekretär Ostermayer (SPÖ) und Klubobmann Kopf (ÖVP).

Reformdetails wurden bislang kaum genannt, wenn man von den Feststellungen, die Ausbildung sei attraktiv und motivierend zu gestalten und es seien weniger Systemerhalter einzusetzen, absieht.

Laut Verteidigungsminister Darabos sei es unseriös, bereits wenige Tage nach der Volksbefragung ein fertiges Konzept vorzulegen. Das heikle Thema Budget wurde einmal mehr vertagt: Antworten dazu gebe es erst nach Vorliegen des Reformkonzepts, sagte Klubobmann Kopf.

ÖVP bringt Programm

Die ÖVP präsentierte am 22. Januar ihr Zwölf-Punkte-Programm zur Wehrdienstreform: Vorangestellt ist eine politische Interpretation der Aufgaben des Bundesheeres: die klassische militärische Landesverteidigung müsse reorganisiert werden, um zeitgemäss zu bleiben. Kernaufgabe des Bundesheeres sei der umfassende Schutz Österreichs.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt sei der Katastrophenschutz. Daraus leiteten sich die zentralen Aufgaben im Bereich der umfassenden Sicherheitsvorsorge ab: mili-



Bild: Bundesheer

Deutlich hiess das österreichische Volk die Wehrpflicht gut: Der Marsch im Gebirge.

tärische Landesverteidigung, Schutz kritischer Infrastruktur, Katastrophenschutz, Auslandseinsätze, Zivildienst.

- Davon abgeleitet fordert die ÖVP die rasche Entscheidung im Nationalrat für die 2011 konzipierte Sicherheitsstrategie, die bisher am Thema Wehrpflicht vs. Berufswehr gescheitert war.
- Die ÖVP fordert eine Reformgruppe der Regierungsparteien zur Neuausrichtung der Wehrpflicht.
- Die allgemeine Wehrpflicht soll künftig mit dem Recht der Rekruten gekoppelt sein, beim Bundesheer bestmöglich nach den eigenen Fähigkeiten und Interessen eingesetzt zu werden. Dazu soll jeder Rekrut einen Talente-Check und eine Potenzialanalyse erhalten.
- Die Zahl der Systemerhalter soll reduziert werden. Den Rekruten sollen diese Aufgaben insofern Sinn bringen, als sie ein Job-Training für die spätere berufliche Nutzung in der Gesellschaft

sind. Beispiele sind Koch, Kfz-Mechaniker, Bürokaufmann etc. Im Grundwehrdienst sollen die jungen Soldaten nachweisbare Qualifikationen und Wissen erwerben. Die Ausbildungsmodule sollen im Zivilleben angerechnet werden. Spezialisierungen zum Schutz kritischer Infrastruktur, für Katastrophenhilfe und Technik stehen im Vordergrund.

- Bestimmte Ausbildungsmodule sollen für den späteren Dienst bei der Polizei oder bei Sicherheitsdiensten anrechenbar sein, um die Berufschancen der jungen Männer zu verbessern.
- Militärische Ausbildung soll verstärkt Bewegung, Training und gesunde Ernährung bieten, um dem gesellschaftlichen Trend des Bewegungsmangels entgegen zu wirken.
- Alle Rekruten sollen umfassend in Erster Hilfe und in den Grundzügen der Katastrophenhilfe ausgebildet werden.

- Die regionalen Sicherheitsstrukturen auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene sollen verstärkt werden. Es soll mehr gemeinsame Übungen militärischer und ziviler Einsatzkräfte geben.
- Die Ausbildung der Rekruten soll zur Gestaltung des Privatlebens mehr zeitliche Planungssicherheit aufweisen.
- Das Bundesheer soll sich als Sicherheitsschule der Nation etablieren und den jungen Soldaten während und nach dem Grundwehrdienst Bildungsmöglichkeiten bieten. Ein Thema ist dabei die staats- und wehrpolitische Bildung.
- Die von Verteidigungsminister Darabos ins Leben gerufenen Berufsheer-Pilotprojekte sollten sofort beendet werden, da sie nicht der Volksentscheidung entsprechen und Budgetmittel binden.

Darabos gibt Weisung

Am 24. Januar gab Verteidigungsminister Darabos an den Generalstab die Weisung zur Bildung einer internen Arbeitsgruppe zur Reform des Wehrdienstes.

Ziel ist die Beurteilung und Festlegung weiterer Massnahmen zur Verbesserung des Wehrdienstes im Sinne einer Attraktivierung. Grundlagen sind das aktuelle Regierungsprogramm, die Vorschläge der Bundesheer-Reformkommission 2010, der Bericht zur Sicherheitsstrategie 2011, Massnahmen zur Reduzierung von Systemerhalten und die Vorschläge der ÖVP.

Die Gruppe soll Reformvorschläge machen, die Mehrkosten berechnen und in wenigen Wochen erstmals berichten.

Die Geschichte des Bundesheeres nach dem Weltkrieg weist militärstrategische Verfahrenswechsel auf. Im Kalten Krieg setzte das neutrale Österreich für zwei Jahrzehnte auf den grenznahen Abwehrkampf, der Mitte der siebziger Jahre durch die Raumverteidigung abgelöst wurde.

Was kommt jetzt?

Anfang der neunziger Jahre, nach dem Ende des Warschauer Paktes, wurde auf grenznahe Sicherung und Verteidigung umgestellt. Mit dem EU-Beitritt veränderte sich die militärstrategische Lage Österreichs grundlegend; konventionelle Landesverteidigung erhielt weniger Bedeutung, nationale Hilfeleistung und sicherheitspolizeiliche Unterstützung wurden wichtiger, Beteiligungen an internationalen Einsätzen wurden forciert.

Ebenso veränderten sich Struktur und Personalstärke des Heeres: von einer Ar-

mee mit etwa 60 000 Soldaten (ab 1956) sollte das Bundesheer in den siebziger und achtziger Jahren auf knapp 300 000 Soldaten anwachsen; diese Ambition wurde Ende der achtziger Jahre bei etwa 190 000 Soldaten beendet.

Die folgenden Heeresgliederungen reduzierten die bewaffnete Macht Österreichs innerhalb von 25 Jahren auf heute etwa 55 000 Soldatinnen und Soldaten: vor allem die Miliz wurde drastisch verkleinert und reformiert, mehr Kaderpräsenzkräfte wurden gebildet.

Die österreichischen Streitkräfte haben sich daher komplett verändert: aus dem territorial organisierten «Massenheer» mit hohem Milizanteil und vielen Wehrpflichtigen entstand ein kleines Heer mit höherem Kaderanteil, kurzer Grundwehrdienstzeit und einer reformierten Miliz. Diese Entwicklung folgt prinzipiell der sicherheits- und verteidigungspolitischen Grosswetterlage einer sich langsam konsolidierenden Europäischen Union.

An diesem Übersichtspunkt, kurz nach der Volksbefragung, stellt sich die Frage, wie sich das österreichische Wehrsystem weiter entwickeln wird.

Ende der Neutralität?

Logisch gedacht: Die Festigung der EU-Verteidigungspolitik müsste beim Bundesheer mittelfristig zur Bildung weiterer multinational einsetzbarer Kadereinheiten, zur weiteren «Professionalisierung» der Miliz, zur Verringerung der Wehrpflichtigenzahlen oder zur Aussetzung der Wehrpflicht führen. Die einzig sinnvollen Endpunkte dieser Entwicklung müssten die gemeinsame EU-Krisenbewältigung bzw. die gemeinsame EU-Verteidigung sein. Die Neutralität Österreichs wäre damit automatisch beendet.

Logisch gedacht: Sollte sich die Bündnisstruktur der EU wieder stark lockern (z. B. aus wirtschafts- sozial- oder finanzpolitischen Gründen), dann müssten die Nationen ihre Sicherheit wieder «eigenständig» produzieren. Folglich müsste das österreichische Wehrsystem wieder zurückdriften zu grösseren Streitkräften auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht, mit hohem Kaderanteil, starkem Milizanteil und hoher Spezialisierung zur Bewältigung moderner Einsatzaufgaben.

Aus heutiger Sicht ist es wesentlich wahrscheinlicher, dass sich die Europäische Union sicherheits- und verteidigungspolitisch weiter konsolidiert. Folglich wäre für Österreich innerhalb der nächsten zehn Jahre die Umstellung auf ein Berufsheer

denkbar, sofern die EU-Verteidigungspolitik ausreichend stabil ist. Wenn diese Umstellung kommen sollte, dann müsste sie langfristig durch Experten vorbereitet, ausreichend finanziert und nicht auf parteipolitischer, sondern staatspolitischer Ebene diskutiert werden.

Kommentar

Nun ist sie geschlagen, die Schlacht. Bei der Volksbefragung hat die sicherheitspolitische Vernunft der Bürger gesiegt.

Viele Punkte sind interessant, wenn man diese Auseinandersetzung im Superwahljahr 2013 Revue passieren lässt. Da ist der Umstand, dass Berufsheer-Freunde im Verteidigungsressort den Grundwehrdienst als sinnlos bezeichneten, obwohl sie die Chance gehabt hätten, Massnahmen gegen den angeblichen Unsinn zu setzen.

Ein Raunen und Staunen ginge durch die Menge, wenn der Konzernvorstand mehreren Tausend Mitarbeitern den Wert ihrer Arbeit aberkennen würde.

Zum anderen stellt sich tatsächlich die Frage, welche militärischen Aufgaben die wehrpflichtigen Rekruten künftig erfüllen sollen. Im aktuellen Zwölf-Punkte-Reformpapier stecken viele gute Ideen drinnen – so der Talente-Check, die zivile Anrechnung der Militärausbildung oder der Schwerpunkt Sport.

Aber wo ist der militärische Kern? Welche Aufgaben haben Grundwehrdiener künftig im Szenario Schutz kritischer Infrastruktur, in der sicherheitspolizeilichen Assistenz oder gar bei der Landesverteidigung? Einzig die militärischen Kernaufgaben rechtfertigen die Verpflichtung zum Wehrdienst, denn die anderen «Goodies» bietet unsere Gesellschaft auch so.

Es gilt, unsere wehrpflichtigen Rekruten als Soldaten zu sehen und nicht als Hilfsfeuerwehr, Arbeitssuchende oder Kurgäste. Eine Grundwehrdienstreform müsste zuerst die militärischen Aufgaben und die Rolle der jungen Soldaten aus den Vorgaben neu definieren und danach die Begleitumstände verbessern.

Vertrauen wir auf die Mündigkeit unserer Achtzehnjährigen und bilden wir sie militärisch professionell und erwachsenengerecht für zeitgemässe Einsätze aus. Führen wir die Wehrpflicht auf ihren Kern zurück, solange sie noch da ist. 



Oberst i Gst Georg Geyer, Militärakademie und Generalstabsausbildung, Spezialisierung auf Wehrpolitische Kommunikation. Verwendungen als Ausbildungsleiter, Kompaniekommandant, Stabschef einer Infanteriebrigade, stv. Abteilungsleiter im Ministerium, beim Generalstabschef.